



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Zukunft der Uniklinika sichern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag nimmt die schwierige und durch die Sparpolitik der vergangenen Jahre verschärfte wirtschaftliche Situation der Universitätsklinika zur Kenntnis. Er erwartet von der Landesregierung, dass sie ihre im Hochschulmedizingesetz verankerte Verantwortung wahrnimmt.
2. Der Landtag bekräftigt seinen Beschluss in der Drucksache 6/4777, der die Landesregierung auffordert, die notwendigen Struktur- und Finanzierungsentscheidungen zur Sicherung der Universitätsklinika zu treffen.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die jährlichen Investitionsbedarfe in Höhe von 60 Millionen Euro für beide Uniklinika sowie die bestehende allgemeine Unterfinanzierung der Krankenversorgung bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2020/2021 zu berücksichtigen, um die Qualitätsstandards und die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulmedizin in Sachsen-Anhalt zu sichern. Die Mittel sind aus der allgemeinen Finanzverwaltung zu erbringen und dürfen nicht zulasten anderer Bedarfe im Wissenschaftshaushalt bereitgestellt werden.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Uniklinika im Cash-Concentration-Verfahren zu belassen und eine haushaltsrechtskonforme Lösung für die Bewältigung akuter bestandsgefährdender Risiken der Universitätsklinika im Jahr 2019 zu finden, um Schließungen einzelner Stationen wirksam zu verhindern.

Begründung

Der Investitionsstau an den Uniklinika des Landes ist nicht erst seit den aktuellen Presseberichten ein Thema in der Öffentlichkeit. Die Probleme, nicht nur am Uniklinikum Magdeburg, sind eine direkte Folge der Sparpolitik der letzten Landesregierungen. Gebäude und Geräte werden auf Verschleiß gefahren; die Beschäftigten der Klinika tragen die Probleme auf ihrem Rücken aus.

Bereits mit dem Jahresbericht 2014 hat der Landesrechnungshof die bestandsgefährdenden Risiken der Uniklinika deutlich dargestellt und vor den fatalen Wirkungen einer anhaltenden Unterfinanzierung der Uniklinika durch die Landesregierung gewarnt. Mit dem Beschluss zur Haushaltsrechnung hat der Landtag im Jahr 2016 die Landesregierung aufgefordert, die notwendigen Struktur- und Finanzierungsentscheidungen zur Sicherung der Universitätsklinika zu treffen. Diesem Beschluss kam bisher keine Landesregierung nach.

In den letzten Jahren gab es durchaus Investitionen in den Klinika. Nur waren diese bei weitem nicht ausreichend, worauf unsere Fraktion bei den Haushaltsverhandlungen immer wieder hingewiesen hat. Abseits von „Leuchtturmprojekten“ ist zum Beispiel am Uniklinikum Magdeburg nur sehr wenig passiert. Seit Jahren übersteigen die Abschreibungen die Investitionen. Grund dafür sind nicht etwa fehlende Planungen, sondern die Investitionsbremse der Landesregierung. Neben der medizinischen Notwendigkeit würde die Bereitstellung zusätzlicher Investitionsmittel für die Uniklinika zu einem effizienteren Umgang mit Steuermitteln führen. Im bisherigen Bestreben der Landesregierung um eine hohe Investitionsquote im Gesamthaushalt sorgen Luftbuchungen und fehlende Planungskapazitäten für jährliche Ausgabereste in dreistelliger Millionenhöhe. Die Mittel für die Uniklinika könnten aufgrund vorliegender Planungen direkt zum Abfluss gebracht werden. Das würde einen wirksamen Beitrag zu einem effizienteren Umgang mit Steuermitteln leisten.

Die Beschäftigten der Uniklinika erwarten von der Landespolitik ein klares Zeichen für einen Paradigmenwechsel und für die Wertschätzung ihrer Arbeit. Dieses Zeichen soll dieser Antrag und das darauffolgende Anpacken der Probleme sein.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender